



Mitteilung für die Medien

Berlin, 14. Oktober 2014

Den nicht-militärischen Kampf ernster nehmen

Aufruf des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, zur Ökumenischen FriedensDekade vom 9. bis 19. November

Die verzweifelte Lage der christlichen und anderen Bewohnerinnen und Bewohner des Nahen und Mittleren Ostens übersteigt, was wir mit unserem Mitgefühl ausdrücken können. Auf die Arabellion für Menschenrechte folgt ein Feldzug der Gräuel. Viele Menschen hierzulande fühlen sich angesichts dieses Schreckens zerrissen zwischen Hilflosigkeit und dem Ruf nach militärischen Antworten. In akuter Not rufen die Menschen im Kampfgebiet nach Waffen und Beistand und übertönen jene, die vor noch mehr Waffengewalt warnen. Mit Blick auf die kommende Ökumenische FriedensDekade vom 9. bis 19. November möchte ich an Sie appellieren, sich diese Zeit in Gemeinden, Städten und Initiativen für Gebet und Aktion für Frieden und Gerechtigkeit zu nehmen.

Um nicht als Nichtstuer zu gelten, sind wir oftmals geneigt, gegen eigene Grundsätze und wider besseres Wissen für Militäreinsätze zu plädieren. Sind aber die militärischen Antworten nicht eine ebenso hilflose Geste? Wenn die Bundesregierung zum ersten Mal Waffen an kurdische Kämpfer im Nordirak liefert, die davor ihr Autonomie-Gebiet um die erdölreiche Region Kirkuk ausgedehnt haben? Wenn die USA bombardieren, damit Zivilisten im Sinjar Gebirge gerettet werden können und die amerikanische Regierung dann feststellt, die meisten hätten sich bereits selber gerettet, eine Evakuierung sei nicht mehr notwendig?

Die Waffenlieferungen und Militärschläge wirken hilflos, auch weil sie nicht mit einem politischen Konzept verbunden sind. Zu einem politischen Konzept, das über aktuelles Unrecht hinausweist, würde gehören, die Staaten in der Region, die in Spannung zueinander stehen wie Iran und Saudi-Arabien als Garantiemächte für ein Gewaltende zu gewinnen, den Grundkonflikt zwischen Israel und Palästina nicht länger zu verwalten, sondern zu lösen, einen nuklearwaffenfreien Nahen und Mittleren Osten, wie ihn Staaten in der Uno anstreben, endlich auszuhandeln und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur aller Länder im Nahen und Mittleren Osten aufzubauen. Der sogenannte Islamische Staat (IS) bedroht alle Staaten in der Region. Doch nur, wenn diese gemeinsam an einem Tisch sitzen, werden sie auch gemeinsam dem IS etwas entgegensetzen können. Werden solche Ziele nicht benannt, bleibt es bei Vermutungen, dass Destabilisierung und Zerschlagung der Staaten in Kauf genommen werden.

Die Verbrechen des IS sind abscheulich. Der IS tyrannisiert ganze Bevölkerungsgruppen. Seit Jahren fühlen sich die Menschen in Mosul/Ninive, Christen, Jeziden, Muslime, bedroht und willkürlicher Gewalt ausgeliefert. 2004 ist zum ersten Mal ein Video aufgetaucht, das die Enthauptung eines Amerikaners im Irak zeigte. (http://usatoday30.usatoday.com/news/world/iraq/2004-05-11-iraq-beheading_x.htm) Die irakische Regierung war nicht in der Lage oder nicht entschieden, solche Verbrechen zu verhindern oder aufzuklären.

Es sind zunächst nicht wirklich alle gewaltärmeren Maßnahmen versucht worden beim Kampf gegen den IS. Erst jetzt beginnt man unter anderem auf die Kanäle seiner Finanzierung hinzuweisen und redet darüber, wie sie unterbunden werden könnten. Es ist auch nicht versucht worden, den UN-Sicherheitsrat für ein gemeinsames Eingreifen zu gewinnen. Beides muss zumindest ab jetzt auf diplomatischem Weg verfolgt werden. Im Bischofswort „Gerechter Friede“ haben wir Bischöfe im Jahr 2000 gefordert, dass

Leben und die körperliche Unversehrtheit auch der gegnerischen Soldaten so weit als möglich zu schützen sind. „Direkte Angriffe auf Personen sind auf Situationen unmittelbarer Notwehr zu beschränken. Feindselige Akte sollten sich ansonsten gegen Sachen richten“ (Nr. 157). Ist das bei den jetzigen Angriffen gewährleistet? US-Präsident Obama hat eine langwährende Auseinandersetzung angekündigt. Erinnerungen an andere Kriege werden wach, aber auch die Erinnerung an das Nein von Papst Johannes Paul II zur US-geführten Intervention im Irak im Jahr 2003. Dieses Nein schützte damals die Christen im Nahen und Mittleren Osten auch davor, als Komplizen der westlichen Militärintervention diffamiert zu werden.

„Eine Gewöhnung an das Mittel der Gewaltanwendung kann es unter dem Vorzeichen des gerechten Friedens nicht geben“ (Nr. 161), heißt es richtig in „Gerechter Friede“.

Was können wir also tun?

- Wir müssen wachsam bleiben und da auf gewaltlose oder wenigstens gewaltärmere Mittel pochen, wo uns als einziger Ausweg eine militärische Lösung präsentiert wird.
- Wir wollen offen bleiben für alle Menschen im Nahen und Mittleren Osten, für ihre Geschichte und Kultur, für ihre Verletzungen und ihre Befindlichkeiten.
- Die Kirchen, die ihre Gläubigen im Nahen und Mittleren Osten halten wollen und nach einem gedeihlichen Zusammenleben suchen, brauchen unsere verstärkte Unterstützung.
- Wir setzen uns ein für die Aufnahme von Flüchtlingen, die Gewalt und Unsicherheit zuhause nicht mehr ertragen und in Europa Zuflucht suchen und nehmen Flüchtlinge auf.
- Mit Spenden z.B. an Caritas International und Misereor helfen wir Not zu lindern und fördern gesellschaftliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten.
- In der Ökumenischen Friedensdekade in diesem Jahr treffen wir uns zu Friedensgebeten, Gottesdiensten und Mahnwachen gegen Krieg und für Diskussionen um Fragen des Waffenexports und der Militäreinsätze weltweit.

Der Weg Jesu ist kein Weg der Gewalt und kein Weg des Nichtstuns. Er wendet sich denen zu, die unter der Gewalt leiden und bittet für die Umkehr derer, die hassen und töten.

Ich bitte Sie von ganzem Herzen, wachsam zu bleiben gegen jedes Unrecht und sich für Frieden und Gerechtigkeit an den Stellen einzusetzen, wo Sie – auch in Gesprächen – Unrecht spüren sowie im Gebet mit den Menschen in Verbundenheit zu bleiben, die in diesen Tagen Not, Gewalt und Unrecht am eigenen Leibe erfahren müssen.

Berlin/Fulda, 14. Oktober 2014
+ *Heinz Josef Algermissen*
Präsident von pax christi Deutschland
Bischof von Fulda

Ansprechpartnerin bei pax christi für die Medien

Generalsekretärin Christine Hoffmann
Tel. 030.200 76 78-0
Fax 030.200 76 78-19
sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de